



**Offener Brief der Antifa AG:
Zum Antrag der Liberalen Hochschulgruppe zur Umbenennung und
Umwandlung der Antifa AG in eine Anti-Extremismus AG**

oder

Totalitarismustheorie: Relativierung und Revisionismus

Mit Bestürzung, völligem Unverständnis und auch einer gewissen Prise Humor haben wir den Antrag der 'Liberalen Hochschulgruppe' zur Kenntnis genommen und uns dazu entschlossen, diesem Quatsch etwas entgegenzusetzen. Dass dieser Antrag durch die StuPa-Koalition abgelehnt wurde, ist sehr begrüßenswert, trotzdem wollen wir es dabei nicht belassen, da wir diesen Antrag als Angriff auf unsere Theorie & Praxis betrachten, welcher konsequent zurückgewiesen werden muss.

Die Kernforderung dieses Antrages lautet: *„Das Studierendenparlament fordert deshalb die Antifa AG auf, sich zu einer Anti-Extremismus AG umzuformen, um sich gegen jede Art des Extremismus einzusetzen.“* Schon diese Forderung verkennt vollkommen die Realität und Struktur der Antifa AG. Inhalte, Ziele und Praxis der Antifa AG werden ausschließlich von den dort Aktiven bestimmt. Da wir uns nach dem Prinzip der Selbstverwaltung, sowie konsens- bzw. basisdemokratisch und anti-hierarchisch organisieren, sind wir keinerlei Weisungsbefugnis durch das StuPa unterworfen. Bei uns kann sich potenziell jede_r engagieren und so die Politik der Antifa AG aktiv (mit)gestalten. Ferner sind wir selbstverständlich immer an konstruktiven Debatten interessiert. Darum ist es auch ohne weiteres möglich zu unseren öffentlichen Café-Öffnungszeiten vorbeizuschauen, um die Diskussion zu suchen, oder sich in die Gruppe, in Form unseres öffentlichen Plenums, einzubringen.

**Zur inhaltlichen Seite des Antrags
oder**

Warum sich die Antifa AG nicht in eine Anti-Extremismus AG umwandeln wird

Zentrale Argumentationsfigur des LHG Antrags ist die Verwendung des Wortes Extremismus im Sinne einer besonderen Spielart der Totalitarismustheorie, nämlich der Extremismustheorie: *„Im Rahmen einer veränderten Aufgabe sollte diese AG deshalb mehr Objektivität an den Tag legen und alle Facetten des politischen und religiösen Extremismus bekämpfen, um so ihren Teil zu einer aufgeklärten, demokratischen Gesellschaft beizutragen.“*

Dieser Begriff konstruiert eine politische Mitte, die an den politischen Rändern von Extremist_innen jeglicher Couleur bedroht werde. Als extremistisch werden dabei all jene politischen Bestrebungen bezeichnet, welche das Grundgesetz in seiner so genannten 'freiheitlich demokratischen Grundordnung', in Teilen oder als Ganzes ablehnen und eine Änderung der grundlegenden gesellschaftlichen Strukturen anstreben. Er ist demnach rein formalistisch und setzt, in ihren Zielen und Inhalten sich diametral gegenüberstehende gesellschaftliche Bewegungen und Organisationen gleich, indem er sie unter die Kategorie extremistisch subsumiert:

¹Auszug aus dem Antrag der LHG an das StuPa vom 01.10.2009



„Linke Gesellschaftskritik und antifaschistischer Widerstand [werden] mit dem Denken und Handeln von Nazis gleichgesetzt.“²

In historischer Betrachtung wurde und wird dadurch der Nationalsozialismus mit dem real existierenden Sozialismus und Stalinismus gleichgesetzt, was in der Konsequenz zur Relativierung der Shoa führt, da die Singularität der Vernichtungspolitik der Nazis bestritten wird. Die Gulags waren eben keine Vernichtungslager *„und sie dienten nicht der physischen Ausrottung einer rassistisch definierten Bevölkerungsgruppe.“³*

In dieser Konzeption⁴ - unter anderem deutlich sichtbar in den Debatten um die "zwei deutschen Diktaturen" - können die jeweiligen Spezifika der unterschiedlichen politischen Systeme nicht erfasst werden (beispielsweise der Antisemitismus als zentrale und funktionale Ideologie des Nationalsozialismus). Daher taugt diese Theorie nicht zur adäquaten Analyse gesellschaftlicher Herrschaftssysteme.

In gleicher Weise werden in heutiger Zeit faschistische und nationalsozialistische Organisationen und Gruppierungen, welche sich durch zutiefst antiegalitäre und gewaltförmige Ideologien wie Antisemitismus, Rassismus, Sozialdarwinismus etc. auszeichnen, mit linken egalitären und herrschaftskritischen Bestrebungen, gleichgesetzt.

„Linksradikale Kritik ist nicht 'extrem'. Sie will bloß eine Gesellschaftsordnung überwinden, die Individuen und Staaten als Konkurrenten gegeneinander hetzt. Und die genau dadurch einen zwanghaften und ausschließenden [aber auch widersprüchlichen, A.d.V.] Kollektivismus hervorbringt.“⁵

Nicht nur, dass die simple Gleichsetzung durch das eindimensionale und normative Schema der Extremismustheorie in "linksextrem" = "rechtsextrem" = böse, mehr überdeckt als erhellt, auch die Konstruktion einer rein "demokratischen Mitte", welche mit extrem Rechten Einstellungen in keinerlei Verbindung steht, ist nicht haltbar. *„Deshalb haben wir konstatiert, dass der Begriff „Rechtsextremismus“ irreführend ist, weil er das Problem als ein Randphänomen beschreibt.“⁶* Denn es handelt sich bei denjenigen Ideologien und Praktiken welche gemeinhin unter "Rechtsextremismus"⁷ verstanden werden, nicht um politisch extreme Positionen. Sondern um solche, welche in den meisten Teilen der Gesellschaft vorhanden sind. Darunter fällt beispielsweise auch autoritäres Denken, welches dann bei den Nazis in zugespitzter Version wieder zu finden ist.

Der Extremismusbegriff fungiert als politisch aufgeladener (antikommunistischer) Kampfbegriff zur Delegitimierung und Diskreditierung radikaler, auf umfassende Emanzipation zielende, Gesellschaftskritik und ist konsequenter Weise abzulehnen.

²Offener Brief gegen jeden Extremismusbegriff; <http://inex.blogspot.de/offener-brief-gegen-jeden-extremismusbegriff/>

³Mathias Berek: Unnötig totalitär. Wie lassen sich moderne Diktaturen auch ohne Totalitarismuskonzept erklären? In: Phase 2 – Zeitschrift gegen die Realität. Ausgabe 30/2008

⁴Die Konzeption der Totalitarismustheorie, deren Kind die Extremismustheorie ist, da sie strukturelle Ähnlichkeit aufweist.

⁵...ums Ganze! 2009. Staat, Weltmarkt und die Herrschaft der falschen Freiheit. Zur Kritik des kapitalistischen Normalvollzugs. S. 104f

⁶Studie: Ein Blick in die Mitte – Zur Entstehung rechtsextremer und demokratischer Einstellungen. 2008, S. 11

⁷Die Anführungszeichen deshalb, weil wir lieber vom Faschismus als vom Rechtsextremismus sprechen, da wir der Ansicht sind, dass dieser Begriff nicht nur präziser in der Analyse ist, sondern auch eine extremismustheoretische Lesart vermeidet. Zur Einführung in die Theorie des Faschismus und in die Faschismusforschung empfehlen wir: Robert Paxton - Anatomie des Faschismus (2005). Gibt's auch bei uns in der AG Bibliothek.



Denn „[w]er die Worte ‚totalitär‘ oder ‚extremistisch‘ zustimmend benutzt [...] bejaht [...] drei Thesen: 1. Es gibt eine ‚Mitte der Gesellschaft‘. 2. Die ist immer gut. 3. Wer die Gesellschaft ändern will (den Kapitalismus abschaffen / gegen Rassismus der Mehrheit vorgehen usw.), ist ‚extremistisch‘, weil gegen die ‚Mitte der Gesellschaft‘ und folglich schlecht.“⁸

Was sind nun die "Kompetenzen" und Aufgaben der Antifa AG? oder Was heißt Antifaschismus?

"Die Antifa AG an der Universität Bielefeld sollte dem Namen nach vor allem den Rechtsextremismus bekämpfen. Tatsächlich überschreitet sie aber regelmäßig ihre Kompetenzen. So haben die von der AntiFa AG organisierten, antikapitalistischen Veranstaltungen ebenso wenig mit Anti-Faschismus zu tun wie Kampagnen gegen die Bundesrepublik Deutschland." (Antrag der LHG)

Auch hier offenbart die LHG ihr defizitäres theoretisches Verständnis von gesellschaftlichen Zusammenhängen. Antifaschistische Arbeit ist wesentlich mehr als die Bekämpfung faschistischer Bestrebungen und Organisationen. Vielmehr stellt Antifaschismus als konkreter Kampf gegen Nazis eine Notwendigkeit zur Erhaltung bürgerlich formal-demokratischer Verhältnisse als geringeres Übel dar. Diese Verhältnisse der Aufrechterhaltung der Möglichkeiten, einer auf Emanzipation zielenden Praxis.



Dabei ist zu bedenken das sowohl historisch als auch aktuell gesellschaftliche Phänomene wie Nationalsozialismus nicht aus dem luftleeren Raum entstanden sind und immer noch entstehen, sondern die Bedingungen für deren Genese liegen in den Strukturen und Ideologien der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft begründet. Um effektiv die Entstehung dieser zutiefst antihumanen Bewegungen zu verhindern müssen jedwede Formen antiegalitärer Bestrebungen und Ideologien in allen gesellschaftlichen Bereichen, im Ansatz bekämpft, werden. Die Ursachen hierfür liegen in der für die bürgerlich-kapitalistisch verfassten Nationalstaaten notwendigen Exklusionsmechanismen wie institutionalisierter Rassismus, Nationalismus und patriarchale Geschlechterverhältnisse. Auch die Genese des modernen, in Auschwitz kulminierten, Antisemitismus hängt mit der kapitalistischen Produktionsweise zusammen.⁹

Abschließende Forderung an die LHG oder Patriot_innen und Chauvinist_innen sollten lieber schweigen!

Nun liegt es an der LHG uns argumentativ zu überzeugen warum wir uns der Extremismustheorie annehmen sollten und unsere Praxis an diese auszurichten haben. Dieses stellt, auf Grund des theoretischen (Un)Vermögens der LHG, sicherlich ein eher aussichtsloses Unterfangen dar.

⁸Lucy Sandberg: Warum man nicht „totalitär“ sagen soll. www.conne-island.de/nf/154/21.html

⁹Vgl. dazu: Moishe Postones Aufsatz: Antisemitismus und Nationalsozialismus in: Deutschland, die Linke und der Holocaust. Politische Interventionen., 2005, 165-194



Ferner fänden wir die Auflösung der LHG sehr begrüßenswert und würden gerne unseren Teil dazu beitragen.

*„Besorgt sehen wir die Zunahme sowohl von Ausländer- als auch von **Inländer- bzw. Deutschfeindlichkeit**. Noch besorgter allerdings sehen wir die Tendenz, dass letztere nicht in dem Maße thematisiert wird wie es bei ersterer – zurecht – der Fall ist, obwohl Inländerfeindlichkeit inzwischen auch ein unübersehbares Problem darstellt. Diese Einseitigkeit in der politischen Debatte erachten wir als inakzeptabel [...]“* (Grundsatzprogramm der LHG)

Wer rassistische Einstellungsmuster und Gewalttaten einer weißen, deutschen Mehrheitsgesellschaft auf eine Stufe mit so genannter Deutschfeindlichkeit stellt, verkennt nicht nur die Funktionsweise von Rassismus, sondern betreibt aktive Täter-Opfer-Umkehr. Schon von "Ausländerfeindlichkeit" zu sprechen, offenbart wenig Kenntnis vom Gegenstand. "Ausländerfeindlichkeit" ist keine angemessene Kategorie zur Analyse von Gewalt und Diskriminierung (vermeintlich) Nichtdeutscher. Was diesen Phänomenen zugrunde liegt ist mit dem Begriff Rassismus wesentlich besser zu fassen. Die tatsächliche Staatsangehörigkeit ist Rassist_innen nämlich in den meisten Fällen völlig schnuppe. Es geht um Ressentiments, Stereotype und Vorurteile, die sich aus kulturalistischen oder traditionell völkischen, rassistischen Ideologien speisen.

Wer in billiger Analogie dann auch noch den Begriff der "Inländer- bzw. Deutschfeindlichkeit" verwendet, offenbart, dass es ihm/ihr keineswegs um eine angemessene Analyse problematischer Phänomene, wie Gewalt und Ausgrenzung geht. "Deutschfeindlichkeit" ist ein politischer Kampfbegriff des konservativen rechten Establishments, der in einer Art rassistischem Reflex versucht, die pathologische Angst vor der Bedrohung der Deutschen durch die (vermeintlich) Nichtdeutschen zu legitimieren und politische Stimmungsmache zu betreiben, in dem die Analogie einer, – am Phänomen gemessen völlig verfehlten – Begrifflichkeit den Anschein einer Analogie in den Phänomenen erweckt werden soll. Diese Phänomene jedoch unterschiedlicher nicht sein könnten. Alltägliche rassistische Gewalt und Diskriminierung sind etwas ganz anderes als Gewaltausbrüche, die auch mal Deutsche treffen, selbst dann, wenn das "Deutschsein" der Opfer irgendeine Rolle für die Täter_innen spielte. Auch um solche Vorfälle zu analysieren ist es gewinnbringender die Gesellschaft als rassistisch strukturiert zu begreifen und die damit verbundene soziale Stellung der Beteiligten und die gesellschaftlichen Machtverhältnisse zu betrachten. "Deutschfeindlichkeit" ist als Begriff abzulehnen und entlarvt seine Benutzer_innen als Chauvinist_innen und Nationalist_innen, die gefährliche Stimmungsmache betreiben wollen, womit wir wieder beim eigentlichen Aufgabenbereich der Antifa AG wären. Somit sieht die Antifa AG auch darin ihren Kernaufgabenbereich, der LHG zu sagen: Patriot_innen und Chauvinist_innen sollten lieber schweigen.

ag.antifa.net
Antifa
Uni-Bielefeld
antifa-ag@web.de **AG**

Oktober 2009

Café :::: Mo 14-17Uhr :::: C1-166 (AStA Galerie)

Literaturhinweis: Wippermann, Wolfgang 1997: Totalitarismustheorien. Die Entwicklung der Diskussion von den Anfängen bis heute.

